

**14. Sitzung des burgenländischen Landtages.
Dienstag, den 20. März 1923.**

Inhalt.

Mitteilung des Präsidenten und Bekanntgabe des Einlaufes (279).

Dringliche Anfragen:

1. Zull, Wimmer, Schutzmaßnahmen für die Kleinpächter und Arbeitsbauern;
2. Mosler, Gesetz über die Durchführung der Grundentlastung hinsichtlich der Geld- und Naturalleistungen an Kirchen, Pfarren oder andere kirchliche Organe;
3. Till, Dienstenthebung des Bezirksarztes Dr. Szell,;
4. Hoffenreich, Wahlrecht der von ungarischen Gerichten Verurteilten (286); — Redner: Hoffenreich (286), Leser (286), Plöchl (286 u. 287), Mosler (286), Gangl (287), Dr. Wagast (288), Wolf (288 u. 289).

Anfragen:

1. Wolf, österreichfeindliche Volkskalender im Burgenlande;
2. Hoffenreich, Tancsics, parteipolitische Schädigung des Feuerwehrwesens. .

Dringlichkeitsanträge:

1. Gesell, Anerkennung der an Staatsschulen wirkenden Lehrer als Staatslehrer, beziehungsweise Staatsbeamte — Redner: Gesell (289);
2. Mosler, Müller, Tancsics, Straßenverbindungen im Güssinger Bezirk — Redner: Mosler (291);
3. Wolf, Vas, Gangl und Wimmer, definitive Übernahme der burgenländischen Beamten in österreichische Dienste — Redner: Wolf (289).

Anträge:

1. Vas, Enzenberger, Paul:
 - a) Bau einer Straße von Jennersdorf über Henndorf nach Gillersdorf,
 - b) Ausbau des bereits bestehenden Feldweges von Güssing nach Punitz anschließend an die Reichsstraße,
 - c) Übernahme des Krankenhauses in Güssing in die Verwaltung des Landes;
2. Mosler, Regelung des Schubwesens;
3. Fischl, Postverkehr im Pinkatale;
4. Wolf, Absperrung der Brücke über den Einserkanal bei Wallern.

Verhandlungen: Anträge, betr. die:

1. Gründung einer burgenländischen - Landes- Elektrizitätswirtschaftsaktiengesellschaft — Berichterstatter Mosler (280);
2. Gewährung eines Landesbeitrages zu den Baukosten der Bahn Friedberg—Pinkafeld — Berichterstatterin Zull (260) — Redner: Hoffenreich (260, 283 u. 284), Stesgal,(261 u. 284), Paul (262), Koch (283), Vas (283), Gangl (284), Till (284);
3. Zuweisung im Zuge der Grenzregelung von ungarischen Gemeinden abgetretenen Grundflächen an burgenländische Gemeinden. Berichterstatter Till (285) — Redner: Hoffenreich (285), Stesgal (285), Plöchl (285).

Abänderung des § 7 des Gesetzes, betr. die Voreinzahlung auf die Realsteuern. Berichterstatter Koch (286).

Auslieferung des Abg. Meixner. Redner Meixner (292).

Präsident Wimmer (nach Eröffnung der Sitzung um 13 Uhr 33 Min. und Genehmigung des letzten Protokolls)

Hohes Haus! Auf Grund unserer Kundgebung im Landtage für unser Brudervolk im Deutschen Reich und das darauf bezugnehmende Telegramm, das wir an den Reichspräsidenten abgesendet haben, haben wir von ihm folgende Antwort erhalten (*die Versammlung erhebt sich*):

„Sehr geehrter Herr Landtagspräsident!

Die Kundgebung des Landtages des Burgenlandes, die Sie mir freundlicherweise übermittelt haben, hat mich sehr gefreut. Ich bitte Sie, meinen aufrichtigen Dank entgegenzunehmen, daß der Landtag in dieser schweren Zeit unserer so warm gedacht hat, und meiner herzlichsten Wünsche für die Zukunft des Burgenlandes versichert zu sein.

In ausgezeichnete Hochachtung

Ebert e. h."

(*Lebhafter Beifall.*)

Schriftführer Gangl verliest: Schreiben des Bezirksgerichtes 1. Neusiedl am See, Begehren der Auslieferung des Abg. Meixner; 2. Eisenstadt, Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Dr. Josef Wagast, die im Inhaltsverzeichnis angeführten dringlichen Anfragen, Anträge, Dringlichkeitsanträge, Berichte der burgenländischen Landesregierung wegen der Voreinzahlung auf die Realsteuern (Z. 34-7/1—L. A. D.) und über Bahnbauten im Burgenlande (Z. 489/1—L. A. D.) und die Entwürfe des Beschlusses des burgenländischen Landtages, betr.: 1. die Gewährleistung eines Landesbeitrages zu den Baukosten der Bahn Friedberg—Pinkafeld; 2. Gründung einer burgenländischen Landes-Elektrizitätswirtschaftsaktiengesellschaft; 3. Zuweisung im Zuge der Grenzregulierung von ungarischen Gemeinden abgetrennter Grundflächen an burgenländische Gemeinden.

Präsident: Um dem hohen Landtag Gelegenheit zu geben, über die letzten soeben zur Kenntnis gebrachten Regierungsentwürfe zu beschließen, unterbreche ich die Sitzung. Ich bitte die Mitglieder des Rechtsausschusses und des Finanzausschusses, sich sofort zu einer Sitzung zu versammeln. — (*Nach Unterbrechung von 14 bis 15 Uhr:*) Zur Beratung gelangt die Vorlage der Landesregierung, betr. die Gründung einer burgenländischen Landes-Elektrizitätswirtschaftsaktiengesellschaft.

Berichterstatter Mosler: Hoher Landtag! Die burgenländische Landesregierung hat an den burgenländischen Landtag das Ansuchen gestellt, ein Gesetz zu beschließen, daß eine burgenländische Elektrizitätswirtschaftsaktiengesellschaft gegründet werde. Der Gründer dieser Gesellschaft ist das Land. Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, in der nächsten Zeit die Elektrifizierung des Burgenlandes durchzuführen. Im Gesetz wird ausgeführt, daß das Land in diese Gesellschaft 500 Millionen Kronen einbringt. Die Arbeiten dieser Gesellschaft werden nicht nur dem Burgenland, sondern ganz Deutschösterreich zugute kommen. Wir müssen bestrebt sein, uns durch den Ausbau der Wasserkräfte und durch die hieraus resultierende Elektrifizierung des Landes von der ausländischen Kohle unabhängig zu machen, da wir im eigenen Lande nicht so viel Kohle haben, als wir brauchen. Die Gründung dieser Gesellschaft wird dazu beitragen, diesem Lande durch die Lieferung von Strom und Kraft wirtschaftlich zu helfen und auch die Industrialisierung des Landes in die Wege zu leiten, um es wirtschaftlich in die Höhe zu bringen. Ich stelle im Namen des Finanzausschusses den Antrag, das Gesetz so zu beschließen, wie es vorliegt, damit die Elektrifizierung unseres Landes möglichst bald in die Wege geleitet werden kann. Der Gesetzentwurf lautet (*verliest ihn*).

Präsident: Das Gesetz ist in 2. u. 3. Lesung beschlossen.

Wir gelangen zur Verhandlung des Antrages, betr. Gewährung eines Landesbeitrages zu den Baukosten der Bahn Friedberg—Pinkafeld.

Berichterstatterin Zull: Der Finanzausschuß hat mich beauftragt, den Entwurf eines Beschlusses vorzulegen, betr. die Gewährung eines Beitrages zu den Kosten der Bahn Friedberg—Pinkafeld. Wir sind uns bewußt, daß ein Bahnbau Sache des Bundes ist. Die gewohnte Verzögerungstaktik der Bundesregierung hat es aber so weit gebracht, daß die Baukosten, die noch im Vorjahr 3 Milliarden betragen hätten, heute 46 Milliarden erfordern. Der Bund ist bereit, neun Zehntel dieser Kosten beizutragen, wenn das Land ein Zehntel aufbringt. Die Kapitalkraft und Anlagelust unserer Besitzenden ist aber heute nicht mehr so wie vor einem Jahr, und es ist daher fraglich, ob die privaten die zirka 5 Milliarden zeichnen werden. Wir müssen also, um den Bau und die Beschäftigung, die er den Arbeitslosen bietet, nicht infrage zu stellen, trotz der schwersten Bedenken uns entschließen, aus den laufenden Einnahmen des Landes ungefähr 2 Milliarden aufzubringen. Der Finanzausschuss versucht, diesem Antrage Folge zu geben, in der Berücksichtigung, dass es möglich sein wird, eventuell durch einen Zuschlag auf die Landessteuer im Bezirk Oberwarth einen Teil hereinzubringen.

Hoffenreich: Wir Sozialdemokraten werden für diesen Entwurf stimmen. Wir begrüßen es als selbstverständlich, dass der Bahnbau endlich begonnen werden muss. Es handelt sich um eine wichtige Bahn, die den ertragsreichen und entwicklungsfähigen Bezirk Oberwarth mit der Republik enger verbinden soll. Es war uns gelungen, die Auffassung der Bundesregierung, dass es sich um eine Lokalbahn handle, bei welcher es üblich ist, dass die Lokalinteressenten ein Drittel aufbringen, mit Erfolg zu bekämpfen, wir haben es durchgesetzt, dass festgestellt wurde, dass es sich um eine Hauptlinie handelt, die vorwiegend im Interesse des Staates ist. Dadurch ist es gelungen, den Bund so weit zu bringen, dass er an neun Zehntel der Auslagen trägt. Schon mit Rücksicht auf die schwere finanzielle Lage des Bundes, die auch wir als Opposition im Nationalrat anerkennen, ist es kein Hindernis, dass auch die Interessenten einen Beitrag zahlen. Wir hätten darum gedacht, dass gerade die meisten finanziell interessierten Kreise, Industrie, Handel- und Gewerbetreibende im Oberwarther Bezirk, besonders der Großhandel, sich an den Zeichnungen beteiligen und dieses Zehntel aus eigenen Mitteln aufbringen werden. Leider ist das nicht der Fall, die Herren haben eben für die Erfordernisse unserer Bevölkerung zu wenig Verständnis. Wir sind daher gezwungen, ungefähr 2 Milliarden aus Landesmitteln aufzubringen. Normalerweise nimmt man aber für einen Bahnbau, der ja 100 Jahre und länger bestehen soll, die Mittel nicht aus den laufenden Steuergeldern, sondern durch ein Anlehen auf, dass verzinst und amortisiert wird, so dass die Kosten für einen Bau, der 100 Jahre bestehen soll, nicht aus den einjährigen Steuern genommen, sondern auf 50, 60, ja 90 Jahre verteilt werden. (*Zustimmung links.*) Leider ist dieser Weg nicht beschritten worden. Es wurde nicht versucht, ein Investitionsanlehen des Landes aufzunehmen, dass gegen eine mäßige Verzinsung amortisierbar wäre, obwohl gerade die von Sozialdemokraten verwaltete Stadt Wien gezeigt hat, dass das der richtige Weg wäre. Die Gemeinde Wien nimmt 100 Milliarden zu 6 Prozent Zinsen bei einer Prämie auf und sie werden bei allen Bankstellen, wo die Plakate sind, hören, dass dieses Anlehen stark gezeichnet wird, ja voraussichtlich überzeichnet werden wird. Ich bedauere also, daß nicht auch hier versucht wurde, diesen Vorgang einzuhalten. Es wird uns zugemutet, die 2 Milliarden aus den laufenden Landesmitteln, das heißt, aus der Steuerkraft der burgenländischen Bevölkerung eines einzigen Jahres zu zahlen. Die ganze Steuerkraft beträgt bei der Realsteuer im Jahre 8 Milliarden. Wir geben daher für ein ganz kurzes Bahnstück, und zwar für den zehnten Teil desselben ein Viertel der ganzen Realsteuer des Burgenlandes aus. Das ist gewiß ein bedenklicher Entschluß. Trotzdem befürworten wir aber die Sache und bedauern nur, daß gerade dieser Weg gewählt wurde. Wenn wir trotzdem dafür sind, so ist eben für uns maßgebend, daß diese Bahn gebaut werden muß, koste es, was es wolle. Der Bau ist eine unbedingte Notwendigkeit. Der Herr Landesfinanzreferent Laudeshauptmannstellvertreter Stesgal hat uns damit beruhigt, daß noch von den letzten Landesumlagen vom Jahre 1922 ein größerer Rest vorhanden ist, und dann meint er, wird es eventuell gelingen, die Oberwarther Industrie und den dortigen Großhandel

doch dazubringen, mehr zu zeichnen, so daß wir die 2 Milliarden nicht ganz beanspruchen werden. Unter dieser Voraussetzung, mit Rücksicht auf diese beruhigende Versicherung wollen wir dafür stimmen, müssen aber die Verantwortung dafür natürlich dem Herrn Finanzreferenten überlassen, wenn die Steuerbelastung der burgenländischen Bevölkerung durch diese Mehrauslage, die eventuell dazu führen kann, daß wir im Oktober oder November die Lehrerbezüge oder sonstige laufende Auslagen nicht mehr zahlen können, ganz besonders vergrößert wird und dies zu einer schweren Belastung von Grund und Gebäuden führt. Es wäre das sehr bedauerlich und unsere Partei lehnt die Verantwortung dafür jetzt schon ab.

Wir wissen, daß, was gegen eine Anleihe eingewendet wird, ist, daß bei den derzeitigen ungünstigen Geldverhältnissen mit einer hohen Verzinsung bis zu 25 Prozent gerechnet werden muß. Das ist aber nicht ganz stichhaltig, denn wie gesagt, das Beispiel der Stadt Wien zeigt, daß man bei einer geordneten Finanzverwaltung Geld zu viel billigerem Zinsfuß bekommt. Wenn die Gemeinde Wien 100 Milliarden zu 6 Prozent annehmen kann, hätte das Burgenland wohl zwei Milliarden zu ebenso günstigen Bedingungen haben können. Wir stimmen also dafür, lehnen aber die Verantwortung für eine eventuelle schwere Steuerbelastung der Bevölkerung ab (*Beifall links.*)

Landeshauptmannstellvertreter Stesgal: Als Finanzreferent bin ich natürlich in der unangenehmen Lage, immer wieder Geld zu verlangen. In diesem Falle war es für mich insofern leichter, weil ich hier auch etwas geben kann, wir wollen für dieses Geld, um das wir bitten, auch etwas bringen, was wir dringend brauchen. Sie können aber versichert sein, daß mir selten meine Aufgabe so schwer war, wie in diesem Falle. Ich bin überall herumgelaufen, um das nötige Geld aufzubringen. Ich schicke dabei voraus, daß nach dem österreichischen und auch dem ungarischen Bahnbaugesetz die interessierten Gebietsteile ein Drittel der präliminierten Summe beizutragen haben. Das Burgenland hätte also, nachdem die Baukosten 46 Milliarden betragen, zirka 15 Milliarden aufbringen sollen. Erst nach langen Verhandlungen im Finanzministerium ist es mir gelungen, den Beitrag zu den Kosten von 15 Milliarden auf 5 Milliarden herabzudrücken. Ich kann offen sagen, daß das Bundesministerium für Verkehrswesen und insbesondere der Herr Verkehrsminister großes Interesse für diese Bahn an den Tag gelegt und ihren ganzen Einfluß dafür eingesetzt haben. Es hat im vorigen Jahr eine Zeit gegeben, zu der dieser Bahnbau überhaupt eine Unmöglichkeit schien, in der wir gesehen haben, daß die Bundesfinanzen derart waren, daß an den Bau dieser Bahn gar nicht zu denken war. Ich kann Ihnen versichern, daß heute im ganzen Bundesstaat keine einzige Bahn gebaut wird; die Bauten, die bereits begonnen waren, sind stehen gelassen und neue Projekte nicht in Angriff genommen worden, nur um diesen Wunsch des Verkehrsministers erfüllen zu können, nur damit der Bahnbau Pinkafeld—Friedberg durchgeführt wird. (*Wien hat Straßenbahnlinien!*) Was die Straßenbahnen anbelangt, so werde ich später darüber sprechen. Wir haben dann, nachdem wir endlich soweit gekommen waren, daß uns der Bund die Versicherung gegeben hat, er würde die Bahn in Angriff nehmen, wenn die 5 Milliarden Beitrag gesichert seien, den schwierigen Weg betreten, diese 5 Milliarden aufzubringen. Ich habe sämtliche Wiener Großbanken interessiert und alles mobilisiert und es ist mir gelungen, die Leute dafür zu gewinnen, das Kapital das wir brauchen, herzugeben. (*Burgenländische Zentralbank!*) Auch diese Bank wird sich beteiligen. Ob sich auch die Neusiedler Arbeiterbank beteiligt, das weiß ich nicht. Ich habe dann im Einvernehmen mit dem Herrn Landeshauptmann angeregt, daß in Oberwarth ein Eisenbahntag abgehalten werde. Leider war es dem Herrn Verkehrsminister nicht möglich, auch zu kommen (*Ruf bei den Sozialdemokraten: Weil es ihn gar nicht interessiert!*), denn Ihre Leute haben es notwendig gemacht, daß er in Wien bleiben mußte. Das hat ihn verhindert abzukommen! Er hat aber einen Vertreter heruntergesandt, der sich der Sache sehr warm angenommen hat. Es ist unserer Überredung und der ausdrücklichen, tatkräftigen Unterstützung des Verkehrsministers gelungen, jenen Erfolg zu erzielen, den wir dann wirklich erreicht haben. Die Bedenken des Herrn Abg. Hoffenreich, daß dadurch die Auszahlung der Gehälter irgendwie gefährdet ist, kann ich als unbegründet bezeichnen. Ich habe sowohl in der Sitzung der Landesregierung als auch im Finanzausschuß dargelegt, warum sie unbegründet sind und will nur folgendes sagen: Es war notwendig, daß wir zeichnen muß-

ten, denn wir mußten der Bundesregierung beweisen, daß das Land soviel Interesse an dieser Bahn hat, um auch Opfer dafür zu bringen. Sonst hätte man uns ja sagen können: Wenn ihr selbst kein Interesse habt, so haben wir an der Bahn ein kleineres Interesse. In erster Linie muß die Gegend zeigen, daß sie selbst Opfer bringen will. Das hat sie nun getan. Wir werden, wenn auch nicht die ganzen 5 Milliarden, so doch aber einen so großen Teil dieses Betrages aufbringen, daß sich der Beitrag des Landes höchstens auf ungefähr 1/4 Milliarde belaufen wird.

Nun hat es sich darum gehandelt, sobald als möglich das Geld aufzubringen. Wir haben daher schon im Jänner den Antrag gestellt, daß der hohe Landtag den Betrag von 1,1 Milliarden vorschußweise bewilligen wolle. Das war notwendig, denn es ist uns damals gesagt worden: man hat den Bau angefangen, es ist kein Geld mehr da und die Arbeit kann daher nicht fortgesetzt werden. Das hat uns bewogen, damit das investierte Kapital nicht verloren geht und die Arbeit nicht zusammenbricht, den Betrag von 1,1 Milliarden auf 2 Milliarden zu erhöhen. Vielleicht werden wir diesen Betrag ja gar nicht brauchen und wenn der Herr Abg. Hoffenreich sagt, es wäre sehr leicht Kapital aufzubringen, so kann ich nur darauf hinweisen, daß die Nationalbank, unser Staatsinstitut, zum Beispiel einer bekannten Aktiengesellschaft in Pinkafeld für Investitionszwecke kein Geld gegeben hat. Es handelte sich dort um ein dringendes Bedürfnis, um die Bildung eines Ziegelringofens und da ist eben versucht worden, einen Vorschuß bei der Nationalbank aufzunehmen. Er ist aber nicht bewilligt worden, und zwar mit der Begründung, daß für Investitionen kein Geld da ist. Uns wäre es da auch gar nicht anders gegangen. Gehen Sie nur in irgendeine Bank und versuchen Sie Geld zu bekommen! Ja, Sie bekommen es vielleicht zu Wochenzinsen von 1 3/4 oder 2 Prozent, in Budapest zu 8 Prozent (*Rufe links: Zu 6 Prozent!*)

In Budapest war der Satz in der letzten Woche 8 Prozent für Darlehen. Auch muß ich es zurückweisen, wenn gesagt wird, daß die Industriellen zu wenig Interesse gezeigt haben. Sie haben getan, was mit ihren Mitteln möglich war. Ein Unternehmer hat 200 Millionen Kronen, ein anderer 100 Millionen Kronen gezeichnet, aber es ist eben eine große Geldknappheit und da wirken sich die Beträge ganz anders aus. Ein Versäumnis — und das trifft die Landesregierung ebenso wie die Bundesregierung — muß ich hier leider auch feststellen und das liegt darin, daß diese Sammlung nicht schon im Herbst angeregt worden ist. Da hätten wir das Geld spielend aufgebracht, und dann wären wir nicht in die unangenehme Lage gekommen, diesen Betrag vom Landtag erbitten und diese Ausgabe aus den Landeseinnahmen bestreiten zu müssen.

Ich will noch einmal die Versicherung geben: Es wird meine Hauptaufgabe sein, dafür zu sorgen, daß keine Schwierigkeiten eintreten und ich kann jetzt schon sagen, daß Sie darüber keine Bedenken zu haben brauchen. Die Bahn ist für uns eine Notwendigkeit, und daß es dem Bund nicht möglich war, diese Ehrenschuld, wie seinerzeit gesagt wurde, einzulösen, muß man bis zu einem gewissen Grad gerechtfertigt finden. Wer heute die finanzielle Lage des Staates sieht, der weiß, was für den Staat solche Ausgaben für Investitionen bedeuten.

Zum Schlusse noch eines. Wir brauchen diesen Betrag des Landes auch für einen anderen Zweck. Die Gesamtkosten betragen 46 Milliarden; 5 Milliarden werden durch Interessenten gedeckt, 41 Milliarden wird die Bundesregierung selbst tragen. Im Bundesvoranschlag für das heurige Jahr sind auch 24,3 Milliarden — der Betrag, den der Bund hergeben will — sichergestellt. Aber in Wien sitzt der Herr Generalkommissär und der läßt das Geld nicht ohne weiteres so verwenden, wie wir es wollen! (*Mosler: Der Seipel hätte ihn nicht hereinrufen sollen! - Gegenruf rechts. - Mosler: Na, wir haben ihn gerufen!*) Vielleicht Sie eher als wir! Damit wir nun diese 24 Milliarden durchsetzen, müssen wir nachweisen, daß wir auch etwas leisten wollen und dann ist uns die Sache als sicher in Aussicht gestellt. Wenn mir nun selbst einen Beitrag beisteuern, so wird der Herr Generalkommissär auch zustimmen, daß die 24 Milliarden zu diesem Zweck verwendet werden können. Deshalb ennpfehle ich Ihnen also auch, den Kredit von 900 Millionen zu bewilligen.

Paul: Hoher Landtag! Ich kann es nur mit Freude begrüßen, daß sich die hohe Landesregierung jetzt endlich mit diesem wichtigen Bahnbau befaßt. Ich habe den Vorberatungen und den Worten des

Herrn Vorredners zuerst entnommen, daß der Bevölkerung damit wieder neue Lasten auferlegt werden und wir waren der Meinung, daß der Bahnbau Pinkafeld—Friedberg ohne eine solche Belastung der Bevölkerung zu bewerkstelligen gewesen wäre. (*Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!*) Da uns aber der Herr Finanzreferent die Versicherung gibt, daß für die Bevölkerung eigentlich doch keine neue Lasten entstehen, so werden wir ihm da entgegenkommen. Meine Partei wird der Vorlage sehr gerne zustimmen, damit endlich dem südlichen Teil unseres Landes diese wichtige Verbindung gegeben wird.

Koch: Hoher Landtag! Ich will mich nur ganz kurz fassen, aber natürlich kann ich es nicht vorübergehen lassen, daß der Herr Landesrat Hoffenreich hier ganz ehrlich erklärt, seine Partei und er werden dafür stimmen, aber jede Verantwortung ablehnen. Wenn er die Verantwortung ablehnt, so braucht er ja auch nicht dafür zu stimmen. Entweder sagen Sie, die Bahn ist notwendig, das muß sein, und dann beschließen wir sie alle miteinander, wie wir es schon im Finanzausschuß gemacht haben oder aber wir machen die Sache nicht! (*Ruf bei den Sozialdemokraten: Der Bahnbau ist notwendig, aber aus Steuergeldern nicht!*) Die Sache ist im Finanzausschuß dahin aufgeklärt worden, daß eigentlich nicht die Steuern vom heurigen Jahre, sondern die des vergangenen Jahres in Betracht kommen. Es sind ja eigentlich Aktien, um die es sich hier handelt; es ist also nicht ein reines Geschenk, sondern das Land bekommt ja diesen Betrag wieder zurück. (*Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.*) Ein Teil ist ja ohnehin schon bezahlt. Ich will mich nur ganz kurz fassen, ich habe nur gesprochen, damit die Bevölkerung nicht meint, daß nur wir allein es sind, die der Bevölkerung Lasten auferlegen. Wir sind ja eigentlich in der Regierung nur eine Minderheit. (*Zwischenrufe.*) Der Herr Landesrat ist ja auch in der Regierung gesessen und hat alles mitberaten. (*Zwischenrufe.*) Wenn wir um 4 bis 6 Prozent eine Milliarde hätten aufnehmen können, hätten wir es auch getan! (*Ruf: Das ist ja gar nicht probiert worden!*) Wir hätten damit ein tadelloses Geschäft machen können, weil wir ja das Geld an die Arbeiterbank um 14 Prozent hätten weitergeben können! (*Heiterkeit und Zwischenrufe.*)

Präsident: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet und die Generaldebatte daher geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlußwort.

Berichterstatterin Zull (*verliert den Entwurf.*)

Landesrat Hoffenreich: Ich möchte die Spezialdebatte dazu benutzen, um noch einmal auf die Ausführungen des Abg. Koch zurückzukommen. Im § 1 des Gesetzentwurfes heißt es, daß für den Bau dieser Linie ein Betrag von 2 Milliarden in den Landesvoranschlag für das Jahr 1923 eingestellt wird, das heißt, daß dieser Betrag aus den Steuergeldern des Jahres 1923 ein für allemal zu zahlen ist. Und dagegen wenden sich unsere Bedenken! (*Ruf rechts: Sie können es ja abändern, wenn sie es anders haben wollen!*) Die Abänderung ist ja vom Finanzreferenten abgelehnt worden!

Die Gemeinde Wien baut Häuser und hat dazu eine Anleihe von 100 Milliarden aufgelegt. Sie hätte dies ja auch aus der Steuerleistung herausnehmen können. Aber das tut sie nicht, sie nimmt diesen Betrag in Form einer Anleihe auf, die sie zu 6 Prozent verzinst und in 60 oder 90 Jahren amortisiert. Das ist die Form, wie man Investitionen macht und wir hätten gewünscht, daß dieser Vorgang auch bei diesem Bahnbau eingehalten worden wäre. (*Beifall links.*)

Vas: Hoher Landtag! Es ist auch schon in der Generaldebatte als sehr bedauerlich betont worden, daß diese Last wieder auf die Steuerträger und insbesondere auf die Bauernschaft abgewälzt wird. Wir haben ja im Burgenlande meistens nur Bauern! (*Zwischenrufe.*) Die Bauernschaft ist besonders durch die sozialen Fürsorgegesetze sehr belastet. Es ist sehr bedauerlich, daß gerade die Herren, die diese Gesetze geschaffen haben, heute gegen dieses Projekt, das zum Wohle der Gesamtbevölkerung des Burgenlandes ausgearbeitet wurde, Stellung nehmen. (*Rufe links: Wie viele Bauern zahlen denn die Sozialabgaben?*) Jeder muß sie zahlen.

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abg. Koch. Ich möchte ihn aber nur aufmerksam machen, daß wir uns in der Spezialdebatte befinden und daß daher nur zu den einzelnen Paragraphen gesprochen werden darf.

Koch: Herr Abg. Hoffenreich hat betont, daß es im § 1 des Gesetzes heißt, daß im Landesvoranschlag für das Jahr 1923 der Landesbeitrag von 2 Milliarden eingestellt und daher zu bezahlen ist. Wir sind ja alle im Finanzausschusse gesessen und haben die Ausführungen des Finanzreferenten gehört, daß dieses Geld aus den Landesumlagen des vorigen Jahres verfügbar ist. (*Hoffenreich: Ich habe das bezweifelt!*) Damit waren alle zufrieden. Mir kommt es daher vor, daß Sie nun die Verantwortung einer Partei zuschieben wollen, die eigentlich nur in der Minderheit ist. Der Herr Landesrat sitzt doch in der Regierung und hätte uns ja sagen können, wo man das Geld hernehmen soll! (*Ruf: Das hat er ja getan! - Hoffenreich: Dort habe ich es ja auch gesagt!*) Warum hat man es nicht angenommen? (*Gangl: Hätten sie doch die Quellen angegeben!*) Ich wende mich nur dagegen, daß man doch hier im Hause nicht den Anschein erwecken sollte, als ob nur wir zehn — heute sind wir ja eigentlich nur neun — daran schuld wären, daß diese 2 Milliarden vom Land bezahlt werden müssen. Wir haben aber eingesehen, daß man Mittel und Wege schaffen muß, daß das Projekt auch zur Ausführung kommen kann und daher haben wir im Finanzausschuß für diesen Antrag gestimmt. Wir werden uns aber hier nicht streiten und eventuell auch eine andere Fassung annehmen. (*Zwischenrufe.*) Ändern wir halt den § 1 ab, ich habe nichts dagegen. (*Hoffenreich: Stellen Sie einen Abänderungsantrag!*) Ich habe das nicht zu tun, das ist Ihre Sache. (*Neuerliche Zwischenrufe.*)

Präsident: Zum Worte hat sich Herr Abg. Stesgal gemeldet; ich erteile es ihm.

Stesgal: Hoher Landtag! Ich habe bereits früher erwähnt, daß dies doch nicht ein Beitrag ist, der vielleicht für immer verloren ist. Das Land wird seine Aktien bekommen und wenn sie früher oder später ein Erträgnis abwerfen, ist ihm ja sein Anteil sicher. Wenn der Herr Abg. Hoffenreich mir sagen wollte, wo man heute Geld zu 6 Prozent Zinsen bekommt, wäre ich ihm sehr dankbar! Ich weiß keines aufzutreiben; überall hat es geheißen: unmöglich. Ich komme nochmals darauf zurück: Die Nationalbank, die berufen ist, unsere finanziellen Angelegenheiten zu ordnen, ist nicht in der Lage, uns einen Investitionskredit zu geben. (*Zwischenrufe*) Ich möchte nochmals sagen: Es ist überhaupt das kein Geld, das vielleicht für das Land verloren ist. Wir nehmen es auch nicht aus den Steuergeldern, es tritt keine Erhöhung der Steuern ein, sondern wir wollen Geld, das wir zur Verfügung haben, aushilfsweise hergeben und ich habe schon im Finanzausschuß gesagt, es ist höchstwahrscheinlich, daß wir diese ganze Summe nicht brauchen werden. Ich möchte nur bitten, sich von der Notwendigkeit des Projekts zu überzeugen und nicht rein zum Fenster hinauszureden, wo es sich um eine Lebensnotwendigkeit für das ganze Burgenland handelt. (*Großer Beifall und Zwischenrufe.*)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Gangl. Ich bemerke aber nochmals, daß wir uns bereits in der Spezialdebatte befinden und daß die Herren sich daran halten müssen, weil ich sonst gezwungen wäre, dem Redner, der dies nicht tut, das Wort zu entziehen.

Gangl: Nach § 1 ist der Betrag von 2 Milliarden aus Landesgeldern aufzubringen. Unsere Partei steht auf dem Standpunkt, daß unter den heutigen Verhältnissen ein anderer Weg nicht vorhanden ist. Es ist selbstverständlich, daß es vorteilhafter gewesen wäre, ein Bankenanlehen zu 6 Prozent zu bekommen, und es scheint, daß der Herr Abg. Hoffenreich sehr gute Quellen dafür weiß, oder daß wenigstens seine Parteigenossen in Wien und Niederösterreich gute Parteiquellen wissen. (*Hoffenreich: Ich werde sie Ihnen dann sagen!*)

Mich wundert es aber sehr, daß Banken, die den Herren Sozialdemokraten sehr nahestehen, selbst Geld zu 14 Prozent aufnehmen. Wenn der Herr Abg. Hoffenreich so gut für das Burgenland gesinnt

ist und solche Quellen kennt, so hätte er sie dem Landesrate nennen sollen. Ich bin überzeugt, daß die Mitglieder unserer Regierung und auch der Finanzausschuß für einen solchen Vorschlag sehr dankbar gewesen wären. Nachdem das nicht geschehen ist und der Landesrat jetzt diesen Beschluß gefaßt hat, ist es wahrscheinlich geschehen, weil er sich nicht beizeiten gemeldet hat.

Hoffenreich: Der Herr Abg. Koch hat gemeint, ich soll einen Abänderungsantrag stellen, wonach ein Anlehen aufzunehmen wäre. Das hängt mit dem Vorwurf zusammen, den der Herr Abg. Gangl gemacht hat, warum ich nicht als Mitglied der Landesregierung gesagt habe, daß man ein Anlehen aufnehmen und die Sache nicht aus den laufenden Mitteln bestreiten soll. Ich habe den ganzen Gesetzentwurf heute früh zum erstenmal gesehen, wie er fertig ausgearbeitet von der Landesregierung vorgelegt wurde, damit wir ihn rasch beschließen. Ich habe mir sofort gesagt, warum soll für eine dauernde Investition etwas aus den laufenden Steuergeldern genommen werden, und habe sofort an die Plakate gedacht, die überall an der Wand kleben, daß die Gemeinde Wien 100 Milliarden zu 6 Prozent in Prämienobligationen aufnimmt. Herr Abg. Gangl wird vielleicht ausrechnen können, wieso die Gemeinde Wien Geld zu 6 Prozent bekommt. Die bekommt es eben von Zeichnern, die zu der Gemeinde Wien Vertrauen haben. (*Lebhafter Beifall links.*) Die Bevölkerung gibt ihre Ersparnisse zu billigen Zins einer Verwaltung, zu der sie Vertrauen hat (*erneuter Beifall*) und wo wir Sozialdemokraten die Mehrheit und die Verantwortung haben, hat die Bevölkerung Vertrauen zu uns. (*Beifall. - Burgmann: Der Abg. Hoffenreich soll finanzreferenten werden.*) Herr Abg. Burgmann, ich nehme Sie beim Wort. Wenn wir im Herbst die Mehrheit bekommen und unsere Parteigenossen zu mir Vertrauen haben, werde ich das Finanzreferat gerne übernehmen. (*Lebhafte Zwischenrufe. - Mosler: Jawohl, in der schwersten Zeit, die es dann für das Land geben wird! - Präsident gibt das Glockenzeichen*) Wenn Herr Abg. Stesgal meint, daß wir Aktien als Gegenwert bekommen, so ist das selbstverständlich kein richtiger Gegenwert für die Ausgaben aus den laufenden Steuereinnahmen, denn Eisenbahnaktien sind unanbringliche Papiere. Die Bahn wird vielleicht jahrelang passiv sein und man wird für Papiere, die jetzt mit 100 gezeichnet werden, nicht mehr als 15 oder 20 bekommen. Ich stelle nochmals fest, daß die von den Sozialdemokraten verwaltete Gemeinde Wien ihre Investitionen mit Obligationen durchführt, welche sie mit 6 Prozent verzinst. (*Stesgal: Wir sind ja nicht in Wien!*)

Till: Ich habe es für notwendig erachtet, auch das Wort zu ergreifen, weil ich sehe, daß bei den Herren eine starke Erregung herrscht und ein Dauerredner nach dem anderen sich zum Worte meldet. Herr Abg. Koch hat es für notwendig erachtet, zweimal zu sprechen. Es handelt sich hier nicht um die Gemeindewahlen. (*Zwischenrufe. - Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wenn Sie zum Fenster hinaus reden wollen. (*Neuerliche Unruhe.*)

Präsident: Ich mache den Redner aufmerksam, daß er zur Tagesordnung sprechen muß.

Till: Ich stelle fest, daß die Herren nicht zur Sache gesprochen haben. Es soll nicht der Anschein erweckt werden, als ob wir gegen den Bahnbau wären. Ich stelle fest, daß wir unter allen Umständen für diesen Bahnbau eintreten. (*Zwischenrufe links.*) Wir wollen nur einen besseren Weg für die Bevölkerung (*Gangl: Jetzt reden Sie zum Fenster hinaus!*) und wir wollen nicht die Verantwortung dafür tragen, daß man ein Viertel der Landeseinnahmen für einen Bezirk allein verwendet, wenn man nicht weiß, ob wir noch im September und Oktober die Landesangestellten besolden können. (*Stesgal: Warum zerbrechen Sie sich meinen Kopf? - Mosler: Wer weiß, ob sie dazu im Herbst noch Gelegenheit haben werden! - Heiterkeit*) Ich stelle fest, daß wir nicht zum Fenster hinaussprechen. Die Sozialdemokraten sind dafür, daß diese Bahn gebaut wird, weil sie eine Notwendigkeit ist. Wir lassen die Geschichte nicht so verdrehen, als ob wir im Landtag dagegen Stellung nehmen würden. Wir sind unbedingt dafür, das stelle ich fest. (*Beifall links.*)

Präsident (Abstimmung): Der Antrag ist in 2. und 3. Lesung beschlossen.

Ich ersuche über den Gesetzentwurf, betr. die Zuweisung im Zuge der Grenzregulierung von ungarischen Gemeinden abgetrennten Grundflächen an burgenländische Gemeinden, zu berichten.

Berichterstatter Till: Hohes Haus! Im Auftrage des Rechtsausschusses erlaube ich mir, dem hohen Hause den Gesetzentwurf vorzulegen, der im Rechtsausschusse selbst einstimmig angenommen worden ist. Dieses kleine Gesetz ist für unser Land notwendig und wichtig. Es betrifft die Regelung, beziehungsweise die Absteckung der Hotter, die während der Grenzregulierung nicht durchgeführt worden ist. Es handelt sich da um Bodenflächen, die heute noch gar keiner Gemeinde zugehören. Es ist dies einerseits mit Rücksicht auf die Politische Verwaltung wichtig, andererseits ist es aber auch von großem Einfluß auf die finanzielle Verwaltung, denn, weil diese Flächen noch zu keiner Gemeinde gehören, so konnte man sie bis jetzt finanziell auch noch in gar keiner Weise heranziehen. Um nun endlich im Lande Ordnung hinsichtlich der Grenzgebiete zu schaffen, ist es notwendig, daß Sie durch dieses Gesetz die Zuweisung der einzelnen getrennten Grundflächen an die einzelnen Ortsgemeinden durchführen, beziehungsweise die Ermächtigung dazu geben. Ich bitte daher das hohe Haus, diesem kleinen Gesetzentwurf zuzustimmen. (*Verliest ihn.*)

Hoffenreich: Die Landesregierung hat sich mit diesem Gegenstand beschäftigt, weil die Gemeinde Kloster darauf aufmerksam gemacht hat, daß durch die Grenzregulierung der Hotter von Siegersdorf, welcher die Gemeinde Kloster von zwei Seiten umschließt, nun österreichisch ist. Die Siegersdorfer können nicht hinein und dieses Gebiet gehört auch nicht zur Gemeinde Kloster. Das sind ganz unhaltbare Zustände, weil nach der gesetzlichen Regelung der Gebietsverteilung in Österreich jedes Gebiet einem geschlossenen Gemeindegebiet unterstellt sein muß. Die Landesregierung hat sich daher an die Grenzdelegierten gewendet und um die Übermittlung jener Gebiete gebeten, die auf österreichischem Gebiete von ungarischen Gemeinden abgetrennt wurden. Wir werden im Einvernehmen mit den Gemeinden, Gerichts- und Finanzbehörden und den Grundbesitzern trachten, diese Gebiete möglichst gerecht aufzuteilen.

Stesgal: Es sind bereits 16 Monate verflossen, seitdem Österreich das Burgenland in Besitz genommen hat. Die Grenzregulierungsausschüsse arbeiten ebensolange und nun sind sie mit ihren Arbeiten am Ende angelangt und es handelt sich nur mehr darum, daß für einzelne Besitzteile, die aus Ungarn so weit in unser Gebiet hereinreichen, die Grenzen durchgegangen werden. Ich sehe die Sache vom Standpunkt des Finanzreferenten und von diesem Standpunkt aus ist sie notwendig, damit wir hier in Österreich unsere Steuern bekommen. Ich beantrage also die Annahme des Gesetzentwurfes, damit er sobald als möglich durchgeführt werden kann und wir in diesen Gebieten unsere Hoheitsrechte ausüben können.

Plöchl: Wir stimmen auch für den eingebrachten Antrag. Wir betrachten die Grenzregulierung jedoch nicht als beendet, da wir hinsichtlich unseres Gemeindehotters bei Lutzmannsburg noch nicht fertig sind. Unsere Gemeinde hat seinerzeit angesucht, die Grenzregulierungskommission möge 60 Katastraljoch großen Besitz, der auf dem Kaptalanviser-Hotter liegt und den Lutzmannsburger Besitzern gehört, Österreich zusprechen. Es ist uns aber nur ein Drittel davon zugeteilt worden, was jetzt nur ein Zankapfel zwischen beiden Gemeinden ist. Einigen Besitzern sind nur zwei Rieden zugewiesen worden und sechs sind drüben geblieben. Damit haben dort zum zweitenmal Gehässigkeiten begonnen, die Grenzzeichen wurden vielfach ausgepflöckt, aber die Leute waren doch nicht imstande, ihren Willen durchzusetzen. Auch mit Gendarmerie hat man der Sache nicht beikommen können, man hat gesehen, daß die Sache zu keinem guten Ende führt und man hat mit zwei Gemeinden einen Vertrag abgeschlossen, der bei der Landesregierung und auch bei der ungarischen Regierung aufliegt. Ich bitte nun, die hohe Landesregierung möge diesem Vertrag nähertreten und ihn genehmigen, damit auch bei uns die Grenze geregelt ist.

Präsident: (*Abstimmung.*) Das Gesetz ist in 2. u. 3. Lesung beschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Beratung der vom Bundesministerium für Finanzen verlangten Abänderung des § 7 des Gesetzes, betr. die Voreinzahlungen auf die Realsteuern. Die Abänderung dieses Paragraphen soll auf Grund eines Einspruches der Bundesregierung erfolgen.

Berichterstatter Koch: Hoher Landtag! Wir haben am 30. Jänner d. J. den Beschluß gefaßt, daß die Landesumlage teilweise eingehoben werden soll und im § 7 des Gesetzes hat es geheißen, „daß gleichzeitig auch den Gemeinden zwecks Deckung allfälliger Abgänge im Gemeindehaushalte von der Landesregierung die Bewilligung erteilt werden kann, gelegentlich der Voreinzahlung im Sinne dieses Gesetzes Umlagen auf der gleichen Bemessungsgrundlage einzuheben. Das Finanzministerium verlangt nun, daß hier auch der Prozentsatz festgesetzt werden soll. Der Finanzausschuß hat heute den Beschluß gefaßt, daß der § 7 abgeändert werden und daß es dort heißen soll: „Den Gemeinden kann zwecks Deckung allfälliger Abgänge im Gemeindehaushalte von der Landesregierung die Bewilligung erteilt werden, gelegentlich der Voreinzahlung im Sinne dieses Gesetzes auf der gleichen Bemessungsgrundlage Umlagen bis zu 100 Prozent einzuheben“.

Ich beantrage daher im Namen des Finanzausschusses, daß der hohe Landtag diese Abänderung des § 7 beschließen möge.

Präsident (*Abstimmung*): Die Abänderung ist beschlossen.

Wir gelangen zur Beratung der dringlichen Anfrage des Abg. Hoffenreich über das Wahlrecht der von ungarischen Gerichten Verurteilten.

Schriftführer Gangl: Die dringliche Anfrage lautet (*liest*). „Ist der Herr Landeshauptmann geneigt, in seinem Wirkungskreise für die Gewährleistung des Wahlrechtes ungerecht verurteilter Personen das Entsprechende zu veranlassen?“

Landeshauptmann-Stellvertreter Leser: Hoher Landtag! Als hier in diesem Hause die Gemeindegewahlordnung beschlossen wurde, die die Grundlage für die Gemeindegewahlen am 25. März bildet, hat es wohl keinen unter den Gesetzgebern, die Mitglieder dieses Hauses sind, gegeben, der die Absicht gehabt hätte, Leute, die auf Grund von Urteilen der sogenannten Fünfersenate verurteilt worden sind, des Wahlrechtes zu berauben. Ich glaube, daß diese Auffassung nicht nur die Auffassung der Mitglieder dieses Hauses ist, sondern auch der ganzen Bevölkerung des Burgenlandes. Beweis hiefür ist, daß es sowohl bei den Landtagswahlen wie auch jetzt bei den Gemeindegewahlen nirgends vorgekommen ist, daß Leute, die auf Grund einer Entscheidung eines Fünfersenates verurteilt wurden, aus der Wählerliste gestrichen worden sind. Ich finde sogar, daß die Bevölkerung des Burgenlandes einer Anzahl von Leuten, die von diesen Senaten verurteilt worden sind, so weit das Vertrauen geschenkt hat, daß sie heute Mitglieder des burgenländischen Landtages sind. Ich glaube daher, daß Sie um so leichter der in Verhandlung stehenden Anfrage die Dringlichkeit anerkennen werden.

Hoffenreich: Ich stelle den Antrag, daß der Landtag die Beantwortung dieser Anfrage zur Kenntnis nimmt und hiezu folgende Entschließung faßt: „Der Landtag ist der Auffassung, daß bei der Gemeindegewahl den von ungarischen Fünfersenaten wegen politischer Verbrechen Verurteilten das Wahlrecht nicht entzogen werden soll.“

Plöchl: Ich bitte, einen Unterschied zu machen zwischen politischen Vergehen und gemeinen Verbrechen. (*Hoffenreich: Es heißt ja in der Entschließung ohnehin“ den wegen politischer Verbrechen Verurteilten“.*)

Mosler: Hoher Landtag! Bei Beratung dieses Antrages im Rechtsausschuß ist ausgesprochen worden, daß von den ungarischen Gerichten und auch von den Ausnahmsenaten sehr oft Leute wegen verschiedener Delikte abgerichtet wurden, die auf den ersten Blick den Eindruck erwecken, als ob es auch ganz gemeine Vergehen gewesen wären. Ich selbst habe die Erfahrung gemacht, daß viele Leute wegen Erpressung, Hausfriedensbruches, ja selbst Diebstahles verurteilt worden sind, welche Vergehen aber, wenn man die Sache genauer untersucht hat, sich eigentlich bloß als politische Vergehen herausgestellt haben. Es ist Tatsache, daß jeder, der die Verhältnisse damals gekannt hat, zugeben muß, daß alle diese Vergehen, wenn sie auch von Nichtkennern der Verhältnisse als gemeine Delikte angesehen werden können, als nichts anderes denn als politische Vergehen zu bezeichnen sind. Es sind zum Beispiel Leute wegen Erpressung verurteilt worden, die nur auf Grund von Aufträgen der kommunistischen Behörden gehandelt haben, also unter einem sehr schweren Drucke gestanden sind, der geradezu als vis major bezeichnet werden kann. Es ist Tatsache, daß viele Leute ganz unschuldig zu diesen Verurteilungen gekommen sind. Es sind Leute als rote Soldaten, die also gewiß unter einem sehr starken Zwange gestanden sind — oft um Schreckliches von sich selbst abzuwälzen — zu verschiedenen Taten gezwungen worden, wofür sie nach dem Zusammenbruche der Kommunistenherrschaft wegen Erpressung, Hausfriedensbruches usw. verurteilt worden sind. Es sind ferner auch Urteile unter ganz anderen Titeln gefällt worden, die eigentlich auch nicht anders aufgefaßt werden können, denn als politische Vergehen. Hier individuelle Unterschiede zu machen ist sehr schwer. Ein Gesetz kann solche Unterschiede überhaupt kaum machen. Die Entscheidung darüber muß also den Personen, die darüber zu entscheiden haben, überlassen bleiben. Es mag ja sein, daß vielleicht der eine oder der andere unrechtmäßigerweise hiedurch das aktive oder passive Wahlrecht bekommt. Tatsache ist aber, daß der größte Teil dieser Verurteilten unschuldig zu diesen Urteilen gekommen ist und so seiner politischen Rechte verlustig wurde. Man darf aber das Wahlrecht nicht auf diese Weise beschränken, selbst auf die kleine Gefahr hin, daß einer oder der andere unberechtigt das Wahlrecht wieder erhält. Es ist dies nicht im Interesse der Sozialdemokraten allein gelegen, denn es sind ja nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch sehr viele Angehörige anderer Parteien, Deutsche und Österreichfreunde, verurteilt worden. Alle diese Leute würden also dadurch das Wahlrecht verlieren. Das wollen wir mit diesem Anträge verhindern. (*Beifall.*)

Gangl: Hoher Landtag! Mein sehr geehrter Vorredner hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß es bei den Verurteilungen nach dem Zusammenbruche des Kommunismus schwer möglich sei, zu unterscheiden, wie weit es sich hierbei um politische oder persönliche, gemeine Vergehen gehandelt habe und daß es sehr häufig vorgekommen sei, daß politische Vergehen als persönliche Vergehen abgeurteilt worden seien. (*Ruf links: Auch die Pfarrer haben Leute einsperren lassen!*) Die Pfarrer haben niemand einsperren lassen, die Banditen haben aber einen deutschfreundlichen Pfarrer sogar erschlagen. Ich bin während des Kommunismus in Ödenburg gewesen, als der Obergenosse Kellner die Wirtschaftsbürger von Ödenburg, die auch Deutsche gewesen sind, zu einer Besprechung auf das Rathaus eingeladen hat. Wie sie aufmarschiert sind, hat der Obergenosse Kellner aber einen Schreck bekommen und ist nach Bremberg durchgegangen. Er hat also die Rede, die er den Wirtschaftsbürgern hätte halten sollen, nicht gehalten. Darauf sind die Leute wütend geworden und haben einen Demonstrationaufzug veranstaltet; daraufhin sind die roten Soldaten gekommen und haben mit Maschinengewehren in die Menge hineingeschossen und die Folge war, daß sieben Leute getötet wurden. (*Zwischenrufe links.*) Wenn das kein persönliches Vergehen war, dann weiß ich nicht, was ein persönliches Vergehen sein soll. (*Zwischenrufe. - Redner wendet sich gegen die Galerie.*) Sie da, auf der Galerie, Sie haben kein Zeichen zu geben; Sie haben sich in die Verhandlung nicht hineinzumischen! Wenn die Herren rote Soldaten gewesen sind, dann haben sie sich auch eines Vergehens schuldig gemacht. Ich muß den Herrn Präsidenten unbedingt ersuchen, dagegen einzuschreiten.

Präsident: Ich mache die Besucher der Galerie aufmerksam, daß sie sich in die Verhandlungen des Landtages nicht einmischen dürfen, weil ich sonst gezwungen wäre, die Galerie räumen zu lassen.

(*Zwischenrufe.*)

Gangl (*Fortfahrend*): Damals sind sieben Personen niedergeschossen worden, ohne daß es notwendig gewesen wäre. (*Neuerliche Zwischenrufe. - Ruf links: Die anderen haben 70.000 niedergemacht im Namen Christi! - Zwischenruf des Dr. Wagast.*) Das verstehen Sie gut. Sie waren ja damals auch dabei. (*Zwischenrufe.*) Ich war nicht bei den Banditen, aber Sie sind bei den roten Soldaten gewesen. (*Neuerliche Zwischenrufe des Dr. Wagast.*) Ich war während der Banditenzeit in Neudorf. Sie aber sind dort gewesen. Von einem zweiten Falle will ich gar nichts erzählen. (*Ruf links: Wir haben keine Zeit, ihre Erzählungen anzuhören!*) Ich habe das Recht, zu sprechen was ich will. Sie können ja hinausgehen. Der Herr Präsident hat das Recht, mir das Wort zu nehmen, Sie aber nicht. (*Ruf links: sagen Sie das dem Burgmann!*) Der hat niemand erschießen laßen. (*Neuerliche Zwischenrufe links.*) Das kümmert Sie nichts, lassen Sie den nur in Ruhe.

Ich habe auch andere Fälle gesehen, in denen die Leute, entgegen dem Befehl der Obrigkeit, niedergeschossen wurden. So sind im Ödenburger Friedhofe zwei Leute erschossen worden. Kann man da noch sagen, daß die Leute, die das gemacht haben, unschuldig sind? (*Zwischenrufe.*) Es ist mir nur darum zu tun, festzustellen, daß während des Kommunismus viele nicht nur unter politischem Zwange gewirkt haben; das wollte ich nur konstatiert haben. (*Zwischenruf: Was ist es mit dem weißen Terror?*) Ich verteidige den weißen Terror nicht, aber Sie wollen den Kommunismus verteidigen, weil Sie selbst dabei gewesen sind, (*Zwischenruf links: Sie waren ein weißer Terrorist!*) Ich habe an der weißen Bewegung nicht teilgenommen. Ich will nur das eine konstatieren, daß wir auf dem Standpunkte stehen, daß wir diese Resolution nur mit der starken Unterstreichung annehmen, daß nur ausgesprochen politische Delikte dabei in Betracht kommen. (*Beifall*)

Plöchl: Hoher Landtag!

Präsident (*unterbrechend*): Ich bitte in erster Linie vom Rednertisch aus zu sprechen, zweitens mache ich aufmerksam, daß die Herren sich schriftlich zum Worte melden sollen, damit keine Differenzen entstehen, man könnte sonst vielleicht annehmen, daß ich einem oder dem anderen Herrn das Wort nicht erteilen will.

Plöchl (*vom Rednertisch aus*). Wir wissen von der ganzen Angelegenheit nichts. Wir haben die Leute nicht verurteilt, haben ihnen keine politischen Rechte entzogen und können ihnen auch keine geben. Das muß das Gericht feststellen, (*Unruhe.*)

Dr. Wagast: Nach dem Umsturze des Kommunismus ist am 20. August 1919 von dem berüchtigten Friedrich, der früher ein Karoly- Anhänger, ein Revolutionsmann, dann ein Kommunist, dann ein Schwarzer war und heute Faschist ist, eine Verordnung für das Ungarland herausgegeben worden unter Z. 4039, daß jeder, der öffentliche Funktionen gehabt und irgend etwas angestellt hatte, verhaftet und vor den Fünfersenat geführt wird. Es war kein Gesetz, sondern eine Verordnung. Alle politischen Funktionäre wurden hingebacht und wenn es sich um ein gemeines Verbrechen, um ein Privatdelikt handelte - der Herr großdeutsche Abg. Meixner wird das bestätigen —, also wenn es sich zum Beispiel um ein Eigentumsdelikt handelte, wurde der Betreffende dem ordentlichen Gericht übergeben, so daß alle gemeinen Verbrechen vom ordentlichen Gericht abgeurteilt wurden. Die vom Fünfersenate verurteilt wurden, waren einfach politisch Angeklagte. Nie handelte es sich um Privatdelikte. Das wird Ihnen auch Herr Abg. Wolf sagen können. Darum ist der Antrag unbedingt zweckmäßig und ich bitte, ihn anzunehmen.

Plöchl: Ich glaube, es war ein Mißverständnis. Der Herr Abg. Wagast hat nicht gut verstanden, daß ich die ordentlichen Gerichte gemeint habe.

Wolf: Es wird hier der Antrag gestellt, daß nur diejenigen, die wegen ausgesprochen politischer Verbrechen in Ungarn verurteilt wurden, ihrer politischen Rechte nicht verlustig werden, also auch das aktive und passive Wahlrecht bei den Gemeindewahlen haben sollen. Diesen Resolutionsantrage wird jeder freiheitlich gesinnte Mensch beipflichten. Jetzt kommt aber das „Aber“. Es wird vom Herrn Abg. Wagast behauptet, daß der Fünfersenat nur wegen ausgesprochen politischer Verbrechen geurteilt hat, hingegen nicht über Privatdelikte. Ich muß dieser Behauptung entgegentreten. Ich hatte selbst leidet Gelegenheit und Zeit genug, die Auswirkungen des Fünfersenats aus nächster Nähe zu beobachten und weiß positiv, wenn ich auch heute keine Namen nennen kann, daß von meinen eigenen Zellengenossen manche wegen gemeiner Verbrechen, wie Diebstahl und Veruntreuung, vom Fünfersenat verurteilt wurden. Solche Verurteilungen fanden sowohl durch den Fünfersenat als durch die ordentlichen Gerichte statt. Man kann also nicht allen gleichzeitig das Stimmrecht zubilligen. Das werden auch die Sozialdemokraten einsehen. Ich möchte den Antrag dahin präzisieren, daß ausdrücklich festgestellt wird, daß nur diejenigen, die wegen rein politischer Angelegenheiten verurteilt wurden, das Wahlrecht nicht verlieren. Dagegen soll hineingenommen werden, um jeder Zweideutigkeit anzuweichen, daß alle, wenn auch durch den Fünfersenat, wegen Eigentumsdelikten Verurteilten der politischen Rechte verlustig sind.

Dr. Wagast: Ich möchte Ihnen ein krasses Beispiel geben: Es wurde alles kommuniziert, zum Beispiel auch die Apotheken. Man hat einen Gehilfen hingeschickt, er möge die Führung der Apotheke übernehmen. Weil er nun den Eigentümer aufgefordert hat, die Apotheke zu übergeben, wurde er nach der Diktatur vom Fünfersenat wegen Erpressung zu fünf oder sechs Jahren verurteilt. Nun hat er es doch gar nicht aus eigenem Interesse, sondern im Auftrage getan. Nach diesem Zusatzantrage des Herrn Mag. Wolf war es aber eine Erpressung und der Mann wäre nun vom Wahlrecht ausgeschlossen! Solche Fälle könnte ich Ihnen zu Hunderten aufzählen. Es ist unmöglich und war eine große Ungerechtigkeit, als man einen Teil derjenigen, die ein solches kommuniziertes Geschäft übernommen hatten, auf die linke Seite und die andern auf die rechte Seite schickte und sagte: „Ihr auf der linken Seite, ihr geht in das Gefängnis und ihr auf der rechten Seite seid gute christlichsoziale Parteigenossen!“

Man hat hier Dinge gemacht, die eben zwei Seiten haben und darum muß man einen Strich unter die Rechnung ziehen und die Sache vergessen machen. Unser Antrag, der Antrag unseres Parteigenossen Hoffenreich, ist nun ein solcher Strich unter die Vergangenheit und daher empfehle ich ihn zur Annahme, so wie er gestellt worden ist, ohne jede Streichung und Änderung.

Präsident: Ich glaube, daß die Resolution klar ausspricht, was die einzelnen Redner hier in der Debatte verlangt haben. Ich bitte daher die Mitglieder des Hauses, welche für die Kenntnisnahme der Antwort auf die Anfrage sowie für die Resolution in der gegenwärtigen Fassung stimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben.

Wolf: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage, separat abzustimmen, denn es wird viele geben, die für die Kenntnisnahme der Antwort stimmen, aber den Antrag über die Resolution in dieser Form nicht annehmen wollen. Ich bitte also getrennt abzustimmen.

Präsident: Ich werde dem Wunsche des Herrn Abg. Wolf Rechnung tragen und getrennt abstimmen lassen. Ich bitte die Mitglieder des Hauses, die für die Kenntnisnahme der Antwort stimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben.

Die Antwort ist zur Kenntnis genommen. Ich bitte die Mitglieder des Landtages, welche für die Resolution in der vom Herrn Abg. Hoffenreich vorgeschlagenen Fassung stimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht*) Ich bitte um die Gegenprobe. (*Geschieht.*) Die Resolution ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Resolution in der abgeänderten Fassung und ich bitte daher den Herrn Abg. Wolf, seinen Abänderungsvorbehalt noch einmal zu formulieren.

Wolf: Ich will nur hinzugefügt haben: „hingegen sollen jene, welche wegen Vergehens an privatem Eigentum verurteilt worden sind, des Wahlrechtes verlustig sein“, selbstverständlich auch, wenn sie von Fünfersenaten verurteilt worden sind. (*Stesgal: Das ist ohnehin in der Gemeindewahlordnung!*)

Hoffenreich: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, die Sitzung auf 5 Minuten zu unterbrechen.

Präsident (*nach Unterbrechung der Sitzung*): Ich bitte die Mitglieder des Hauses, welche der Resolution Hoffenreich mit der von Herrn Abg. Wolf vorgeschlagenen Ergänzung zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Die Resolution ist beschlossen.

Wir gelangen zur Verhandlung der gestellten Dringlichkeitsanträge.

Schriftführer Gangl (*liest*): „Dringlichkeitsantrag des Abg. Gesell und Gen., Betreffend Anerkennung der an Staatsschulen wirkenden Lehrer als Staatslehrer, bzw. Staatsbeamte.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, dass die von Ungarn übernommenen Staatslehrer auch als solche anerkannt werden und ihnen demnach gleich den übrigen Bundesangestellten die Eisenbahn Legitimationen zu erkennen seien.“

Gesell (*zur Begründung der Dringlichkeit*): Hohes Haus! Zur freudigen Genugtuung unserer Lehrerschaft werden gegenwärtig allen jenen Lehrern, die bisher schon die Befähigung für den Deutschunterricht gehabt und die Deutschprüfung bestanden haben, die Übernahmesurkunden ausgefolgt. Bekanntlich haben wir im burgenlande Staats-, Gemeinde- und konfessionelle Lehrer. Die Ausfertigung der Urkunden macht nun bei den konfessionellen Lehrern und bei den Gemeindelehrern keine Schwierigkeit. Nicht so reibungslos aber vollzieht sich die Ausstellung der Übernahmesurkunden für die Staatslehrer. Die Bundesregierung will nämlich die von Ungarn übernommenen Staatslehrer nicht als solche anerkennen, und zwar mit der Begründung, dass sie gleich den übrigen Lehrern nicht vom Bunde, sondern vom Lande bezahlt werden. Nach meiner Rechtsauffassung ist dieser Standpunkt nicht richtig. Diese Begründung der Bundesregierung steht im Widerspruch mit dem ungarischen Gesetze, welches verfügt, dass alle Lehrer an den staatlichen Schulen Staatsbeamte sind. Damit glaube ich auch die Dringlichkeit meines Antrages begründet zu haben.

Präsident: (*Abstimmung.*) Die Dringlichkeit ist beschlossen. Zum Meritum hat neuerlich der Herr Abg. Gesell das Wort.

Gesell: Ich habe noch zu erwähnen, daß der § 1 des XXVI. Gesetzartikels vom Jahre 1907 ausdrücklich sagt: Alle Mitglieder der staatlichen Elementarschulen sind Staatsbeamte. Solange die ungarischen Gesetze nicht durch entsprechende österreichische Gesetze ersetzt sind, haben die ungarischen Gesetze Rechtskraft. Weiters möchte ich betonen, daß wir im Burgenland auch gewesene Staatslehrer aus Triest angestellt haben, die als Bundesbeamte gelten. Ich glaube, wir dürfen da nicht mit zweierlei Maß messen.

Präsident: Der Dringlichkeitsantrag ist angenommen. Ich bitte um die Verlesung des Dringlichkeitsantrages der Abg. Wolf, Vas, Gangl, Wimmer.

Schriftführerin Zull (*liest*).

„Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird aufgefordert, alle Schritte zu unternehmen, damit die sofortige Durchführung der definitiven Übernahme der burgenländischen Beamten erfolge und die völlige Angleichung an die österreichischen Kollegen durchgeführt werde.“

Wolf (*Zur Begründung der Dringlichkeit.*): Hoher Landtag! Im wesentlichen handelt es sich bei meinem Antrage, den alle vier Parteien unterzeichnet und eingebracht haben, um eine Existenzfrage, eine Brotfrage für die Betroffenen. Daß eine solche Frage nicht auf die lange Bank geschoben werden darf, sondern ehestens einer günstigen Erledigung zugeführt werden muß, ist klar. Damit glaube ich wohl die Dringlichkeit unseres Antrages begründet zu haben.

Präsident: (**Abstimmung**): Die Dringlichkeit ist beschlossen. Zum Meritum erteile ich neuerlich dem Herrn Abg. Wolf das Wort.

Wolf: Hoher Landtag! Fast von Tag zu Tag mehren sich die Klagen der bodenständigen burgenländischen Beamten, Lehrer usw. darüber, daß sie in ihren Bezügen so gering gestellt sind, daß sie kaum ihr tägliches Auslangen finden können.

Bei allen Anlässen und in allen Zeitungen liest man Woche für Woche berechnete Klagerufe nach Abhilfe und Rettung aus dem Elende, von dem sich, wie es scheint, jene Stellen, die dafür verantwortlich sind, kein Bild machen können und von dem sie keine Ahnung zu haben scheinen.

Es ist eine alte Klage, daß besonders die Altpensionisten, deren wir nicht viele im Burgenlande haben, Bezüge genießen, die geradezu eine Kulturschande genannt werden müssen. Gerade diesen Altpensionisten ist von allen Regierungsstellen, auch den burgenländischen und der Bundesregierung schon vor längerer Zeit alles mögliche versprochen worden, aber eingehalten wurden diese Versprechungen nicht. Ich glaube doch nicht annehmen zu dürfen, daß unsere Landesregierung so gewissenlos wäre — ich kann das nicht anders bezeichnen — oder daß überhaupt verantwortliche Stellen so gewissenlos wären, diesen Ärmsten der Armen, die vierzig Jahre sich der Erziehung der Jugend gewidmet haben, nicht pflichtbewußt Hilfe zu bringen. Sollte es aber doch vorkommen, daß eine oder die andere Stelle ihrer Pflicht nicht bewußt ist, dann allerdings sage ich, fort mit diesen Herren von ihrer Stelle oder man muß diese Herren in dieselbe Lage versetzen, daß sie mit 160.000, 180.000 oder 200.000 K im Monat auskommen sollen. Dann werden die Herren sich wohl eines Besseren besinnen. Es macht mir gewiß kein Vergnügen, im Landtage von derlei Dingen sprechen zu müssen, die, wie schon erwähnt, eine Kulturschande sind, aber die Not zwingt dazu, die traurige Lage der davon Betroffenen. Alle jene Herren, die dazu berufsmäßig verpflichtet wären, müssen den Forderungen dieser Leute nach Tunlichkeit entgegenkommen. Es handelt sich hier um burgenländische, bodenständige Heimatskinder. Ich bin nicht partikularistisch genug, nicht ein Lokalpatriot in dem Sinne, daß ich sage, die Burgenländer sind mehr wert als die aus Altösterreich gekommenen Beamten, das liegt uns fern. Wir wissen genau, daß wir auch manchem aus Altösterreich gekommenen Beamten zu Dank verpflichtet sind und daß sie vorzügliche Dienste leisten. Es liegt uns also ferne, zu verallgemeinern. Wenn aber gesagt wird, daß die burgenländischen bodenständigen Beamten allgemein, und hier wird leider verallgemeinert, ihrer Pflicht nicht nachkommen und ihren neuen Pflichten nicht gewachsen sind, so möchte ich mich wohl dagegen verwahren und sagen, daß auch dort, wo Leute aus Altösterreich gekommen sind, nicht alles Gold ist, was glänzt, auch dort bestehen vielfach Fehler. Wir verlangen aber nicht mehr, als daß man die Burgenländer wenigstens nicht zurücksetzt hinter die anderen, die wohl auch eine Aufgabe hier zu erfüllen haben, aber sie auch nicht immer so erfüllen, wie man mit Recht erwarten könnte. Ich will nicht mißverstanden werden und betone nochmals, wir wollen nicht gegen die aus Altösterreich gekommenen Beamten agitieren und sprechen, das liegt uns ferne, wir wollen nur, daß Menschlichkeit und Gerechtigkeit auf beiden Seiten herrschen soll und daß unsere bodenständigen Heimatskinder nicht gegenüber den anderen zurückgesetzt werden. Ist der aus Altösterreich gekommene Beamte, welcher Kategorie immer, tüchtig und bewährt er sich, so ist er selbstverständlich genau so gerne hier gesehen wie der bodenständige und soll dasselbe Recht haben. Aber wir verwahren uns als Burgenländer, daß die bodenständigen Beamten, die ihren Dienst ebenso gut versehen, zurückgesetzt werden. (*Zustimmung.*) Darüber sind vielfach Klagen. Ich will nur einige anführen, um zu zeigen, wo unsere bodenständigen Heimatskinder der Schuh drückt. Ich habe hier eine Denkschrift,

die allen vier Parteien überreicht wurde, und möchte nur einige Punkte anführen, welche die triste Lage der Betroffenen zeigen, um Sie damit anzuspornen, daß die verantwortlichen Stellen sich endlich dessen bewußt werden, was für sie eine Gewissenssache und eine Ehrenpflicht ist. Es geht doch nicht an, daß man hier in unserer Heimat im neuen Österreich, dem wir als Deutsche so gerne zugeströmt sind, für derlei Imponderabilien kein Verständnis und kein Empfinden hat. In der Denkschrift wird unter anderem verlangt die sofortige Durchführung der definitiven Übernahme der burgenländischen Beamten in österreichische Dienste, ferner ihre völlige Angleichung an die österreichischen Kollegen, damit der infolge der gegebenen Verhältnisse bestehende Unterschied zwischen diesen und jenen in jeder Hinsicht und tatsächlich verschwindet; die auch in der Praxis ausnahmslose Durchführung der bereits im Prinzip durchgedrungenen Regel, wonach im Falle der Eignung stets der burgenländische Bewerber auf einen Posten den übrigen vorgezogen werde; weiters wird gefordert die sofortige, erhoffte und oft versprochene Regelung der Bezüge der burgenländischen Altpensionisten gemäß den Anforderungen der Menschlichkeit.

Ich glaube, diese Forderungen sind vollauf gerechtfertigt und möchte beifügen, es sind Forderungen, die unsere hohe Landesregierung unverzüglich durchführen soll. Es heißt immer, die Altpensionisten haben eigentlich nicht Österreich, sondern Ungarn Dienste erwiesen. Sie haben ihre Gehälter seinerzeit aus Ungarn bezogen und haben ihre Pensionsbeiträge an Ungarn entrichtet. Sie sollen jetzt von Ungarn bezahlt werden! Ich glaube, das ist eine Forderung, die nicht nur nicht gesetzlich ist, sondern geradezu jeder Menschlichkeit Hohn spricht. Wenn, wie es in den Zeitungen immer heißt, jetzt die Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn im Gange sind, die auch diese Frage regeln sollen, so kann daraus nicht gefolgert werden, daß unsere Burgenländer, die sich ihr ganzes Leben hindurch für uns geopfert haben, nun so lange warten sollen, bis diese Frage nicht geregelt ist — vielleicht bis sie sogar verhungern — bis sich endlich die Wiener Regierung und die Budapester Regierung darüber einigen, daß es außer den Regierungshäuptlingen auch noch Erdenbewohner gibt, die wenigstens ihr Leben fristen wollen und sich dabei durchaus keinen Luxus gönnen wollen. Wir glauben daher — ohne Unterschied der Partei —, daß es wohl möglich sein wird, den Altpensionisten ihre entsprechenden und ihrer würdigen Bezüge, wenn auch nur in der Form von Vorschüssen, zu verschaffen. In welcher Form sie diese Beträge bekommen, ist ja gleichgültig, aber bekommen müssen sie etwas, und zwar wenigstens in der Form von Vorschüssen! Die Abrechnung kann ja dann mit der ungarischen Regierung durchgeführt werden, wenn der geeignete Zeitpunkt da ist. In Anbetracht dieser Umstände, die sie - ich bin überzeugt davon - würdigen werden, bitte ich Sie, diesen Dringlichkeitsantrag anzunehmen! (*Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident (*Abstimmung*): der Dringlichkeitsantrag ist angenommen.

Schriftführer Gangl (*liest*): „Dringlichkeitsantrag der Abg. Mosler, Müller, Tancsits u. Gen. betr. Straßenverbindungen im Güssinger Bezirk.“

Es wird beantragt:

1. die Landesregierung möge sofort mit dem Grafen Erdödy in Verhandlungen eintreten und auf das energischste dahin wirken, dass die gesperrte Straße Schauka-Kohfidisch für den allgemeinen Verkehr eröffnet werde.
2. Die Landesregierung möge sofort bei der Landesfinanzdirektion dahin wirken, dass die fahrbare Straße von Deutsch-Schützen nach der Verbindungsstraße Höll-Pernau in den schlechten Jahreszeiten sofort für den allgemeinen Verkehr freigegeben werde, und zwar so lange bis die unfahrbaren Straße auf einen normalen Zustand gebracht ist.“

Mosler: Hoherr Landtag! Was zur Begründung der Dringlichkeit anzuführen wäre, ist eigentlich in dem Antrages selbst klar und deutlich ausgesprochen. Die Straßenverhältnisse sind dort unten wirklich derart schlimm, dass sie zu geradezu unhaltbaren Zuständen führen. Die Behebung dieser Zustände würde aber eigentlich gar keine Kosten verursachen. Es sind nur jene Verhältnisse zu schaffen, damit

die Bewohner dieser Orte und der nächsten Umgebung tatsächlich zu einer Kommunikationsmöglichkeit gelangen, die sie nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Volkswirtschaft und der Wirtschaft des ganzen Burgenlandes brauchen!

Präsident (*Abstimmung*): Die Dringlichkeit ist beschlossen. Zum Meritum erteile ich dem Herrn Abg. Mosler das Wort.

Mosler: Hoher Landtag! Diese Gegend da unten hat nicht nur so schlechte Kommunikationsverhältnisse, sondern durch die Grenzregulierung sind auch Zustände geschaffen worden, die für die Bewohner dieses Landesteiles momentan große Leiden bedeuten. Es sind in der Nähe von Deutsch-Schützen, Deutsch-Großdorf und Pernau die Grenzen gegen Ungarn so gesteckt, dass sie oft in österreichische Gebietsteile eingreifen, und auf unserem Gebiete liegen Meierhöfe u. dgl., die nach Ungarn gehören. Die Grenze macht dort die wildesten Windungen wie ein Gebirgsbach. Die Straße von Eberau gehört stellenweise zu österreichischem und dann wieder zu ungarischem Gebiet und die Bevölkerung muss dort, wenn sie von einem Ort zu einem anderen, der auch zu österreichischen Besitz gehört, gelangen will, einmal über österreichisches Gebiet und dann wieder über ungarisches Gebiet usw. gehen. Wenn Ungarn dazukommt, uns mit Grenzschikanen quälen zu wollen, so hat es dort das beste Betätigungsfeld dazu und die Bevölkerung könnte bis zur wahnsinnigen Verzweiflung getrieben werden. Nun kommt dazu, daß nicht nur die argen Grenzverhältnisse für die Bevölkerung eine Qual bedeuten, sondern daß die Bevölkerung auch unter den schlechten Straßenverhältnissen leidet, und zwar schon deswegen, weil auch die Verwaltung der Bevölkerung dort das Leben erschwert. Von Deutsch-Schützen führen zwei kleine Straßen zur Verbindungsstraße von Höll nach Pernau. Beide Straßen laufen parallel. Die eine Straße führt knapp an der Grenze entlang, die zwei Kilometer weiter herüber ist, und die an der Grenze hinführende Straße ist eine gute fahrbare Straße. Die Straße aber, die etwas weiter herinnen läuft, ist ganz und gar ruiniert und in schlechten Jahreszeiten gänzlich unfahrbar. Ich selber bin einmal über diese Straße mit einem ganz leichten Wagen gefahren, auf dem nur auf dem Kutschbocke Personen Platz hatten, weil er keinen Fond hatte. Das Fahren war aber unmöglich, wir mußten über die Äcker hinausfahren, weil wir dort sogar besser als auf der Straße vorwärtsgekommen sind. Nun hat die Finanzlandesdirektion die Straße längs der Grenze, die so gut fahrbar ist, gesperrt, und zwar mit der Begründung, daß sie hier einen Verkehr wegen der nahen Grenze und wegen des nicht genügenden Aufsichtspersonals nicht erlauben könne und sie hat die unfahrbare Straße für den Verkehr bestimmt. Es klingt wie ein Hohn, aber es ist so! Es muß schon gesagt werden, daß speziell bei solchen Ausnahmefällen die Finanzlandesdirektion den Wünschen der Bevölkerung schon etwas Rechnung tragen könnte. Es haben alle Bewohner von Deutsch-Schützen, gleichgültig welcher Partei sie angehören, erklärt, wenn die Gemeinde in die Lage versetzt wird, die Straße herzustellen, so dürfte sie bald gebaut sein. Die Straße ist ja nur für ein Stück von etwa zwei bis drei Kilometer herzurichten und die Leute würden es sofort machen. Aber bis zu diesem Zeitpunkte, wo es gestattet wird, den Verkehr auf der hergerichteten Straße abzuwickeln, ist es notwendig, daß die Landesregierung sofort dahinwirkt, daß der Verkehr, namentlich für die schlechte Jahreszeit, auf der besseren Straße ermöglicht wird. Es könnte nun die Ausrede gebraucht werden, jetzt komme ja ohnehin die schöne Jahreszeit oder es sei ohnehin schon schön und die Maßregel nicht mehr notwendig. Es mag dies ja vielleicht augenblicklich auch der Fall sein, obwohl, wie Sie ja alle wissen, die Straßen des Burgenlandes noch immer sehr schlecht und kotig sind. Es friert jetzt noch oft in der Nacht und die schlechte Jahreszeit kann ja wieder kommen. Die Finanzlandesdirektion soll auf diese schlechten Verhältnisse aufmerksam gemacht werden, denn der Ort Schauka und seine nächste Umgebung haben überhaupt keine Straße. Wenn die Bevölkerung auf der Straße zur nächsten Bahnstation kommen will, so muß sie über Höll, Edlitz, Kohfidisch und Groß-Petersdorf. Der nähere Weg geht aber über die Äcker und den gebirgigeren Teil des Landes, und was das für die Leute bedeutet, wenn sie große Lasten zu tragen haben, ist klar. Es führt aber eine ganz schöne Straße von Schauka nach Kohfidisch, und zwar durch die Waldungen des Grafen Erdödy. Diese Straße ist aus ir-

gendeinem Grunde gesperrt worden. (*Rufe links: Hört!*) Es ist notwendig, daß die Landesregierung mit dem Grafen Erdödy sofort in Verhandlungen eintritt, damit der Verkehr auf dieser Straße ermögli- che wird. Ich nehme an, die Straße ist vielleicht deshalb gesperrt worden, weil sich der Graf vor Holzdiebstählen fürchtet.

Ich bin davon fest überzeugt, daß Vorkehrungen getroffen werden müssen, damit solche Verhält- nisse nicht eintreten können. Es ist notwendig, daß diese Straßen dem Verkehre übergeben werden. Es war der Zweck meines Dringlichkeitsantrages, die Landesregierung auf diese Zustände aufmerksam zu machen, damit sie sie abzustellen trachte, was leicht möglich ist, weil es hiezu nur einiger Ver- handlungen bedarf und dies das Land keinen Heller kostet. Ich bitte daher, meinen Dringlichkeitsantrag anzunehmen.

Präsident: (*Abstimmung.*) Der Dringlichkeitsantrag ist angenommen.

Zu dem gestellten Auslieferungsbegehren gegenüber dem Herrn Abg. Meixner hat sich der Herr Abg. Meixner selbst zmn Worte gemeldet, ich erteile es ihm.

Meixner: Hohes Haus! Da gegen meine Person wegen Veruntreuung ein Auslieferungsbegehren gestellt worden ist, möchte ich den hohen Landtag bitten, je früher je lieber hiezu Stellung zu nehmen, damit mir die Möglichkeit gegeben ist, mich vor dem Gerichte rechtfertigen zu können. Daher bitte ich das hohe Haus, meine Auslieferung zu beschließen. (*Beifall.*)

Präsident: Der Herr Abg. Meixner wünscht, daß das hohe Haus zu seiner persönlichen Rehabili- tierung dem Auslieferungsbegehren stattgebe, vorerst muß ich aber dasselbe dem Rechtsausschuß zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuweisen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

(*Schluß der Sitzung: 17 Uhr 54 Min.*).

.